

## Plenum

Der Brexit, also die Entscheidung, dass Großbritannien die EU verlassen möchte, ist in dieser Woche international das beherrschende Thema. Nachdem das britische Unterhaus das ausgehandelte Brexit-Abkommen abgelehnt hat, ist die Wahrscheinlichkeit für ein Auscheiden ohne Vertrag deutlich gestiegen. Am Donnerstag haben wir das Brexit-Übergangsgesetz, für den Fall, dass es doch noch zu einer Zustimmung kommt, beschlossen. Falls nicht, hat die Bundesregierung bereits Gesetzentwürfe vorbereitet, um unser Land vor den massiven Störungen so weit als möglich abzuschirmen. Wir werden diese in der kommenden Sitzungswoche beraten.

In dieser Woche haben wir beschlossen, dass Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Darüber hinaus haben wir in der 1. Lesung ein neues Transplantationsschutzgesetz, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und das Straßenverkehrsgesetz beraten.

## Grüne Woche

Anlässlich der am Freitag startenden Internationalen Grünen Woche haben wir einen Antrag für ein gutes Leben und Arbeiten auf dem Land beschlossen. Der gute Antrag ist [hier](#) zu finden. Ich werde in der kommenden Woche die Grünen Woche besuchen, mit Unternehmen aus unserer Region sprechen und mich vor Ort über

neue Entwicklungen bei Technik und Tierchutz informieren.

## 100 Jahre Frauenwahlrecht

Vor 100 Jahren waren nur rund 10 Prozent der Abgeordneten im Reichstag Frauen. Damals waren wir damit an der Weltspitze. Nun haben wir zwar deutlich mehr Frauen im Bundestag, aber immer noch nicht annähernd 50 Prozent. Das ist auch der Grund, dass wir nur noch Platz 46 im internationalen Vergleich des Frauenanteils in Parlamenten belegen. Das muss sich ändern!



Wir Frauen der SPD-Bundestagsfraktion trugen bei der Feierstunde weiße Blusen, genauso wie unsere Vorgängerinnen 1919. Der Vergleich zeigt eine positive Entwicklung, die aber noch nicht ausreicht.

## AG-Klausur

Die Woche begann mit einer Klausur der SPD-Arbeitsgruppe für Ernährung und Landwirtschaft. Wir haben die Vorhaben für das Jahr 2019 besprochen. Im laufenden Jahr werden wir ein Klimaschutzgesetz vorlegen, damit wir das Klimaschutzziel für 2030 auch sicher erreichen. Auch das Aktionsprogramm zum Schutz von Insekten wird dieses Jahr beginnen. Nachdem unsere Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) das Programm im letzten Jahr vorgestellt hat, werden dieses Jahr die konkreten Maßnahmen starten. Der Tierschutz, den ich für die SPD verhandle, wird dieses Jahr sehr im Zeichen des staatlichen Tierwohllabels stehen. Im Herbst soll das Gesetz verabschiedet werden. Die Verbraucher können 2020 bei Fleischprodukten erkennen, wie die Tiere gehalten wurden. Die Kriterien werden bereits verhandelt.

## Innenausschuss

Im Innenausschuss hat der Präsident des Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) über die Einstufung der AfD als Prüffall informiert. Deutlich schärfer werden deren Jugendorganisation und auch der sogenannte „Flügel“ der AfD durch das BfV nun als Verdachtsfall geführt. Das BfV prüft systematisch die Entwicklungen innerhalb der AfD, um weitere Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen. Was das BfV tut ist gut und richtig, entbindet uns aber nicht, uns politisch mit dieser Partei auseinanderzusetzen.

## ZOES

Das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES) ist ein Zusammenschluss von Politik, Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen, Wissenschaft sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und arbeitet an strategischen Konzepten für den Bevölkerungsschutz und deren praktische Umsetzung.

## Tierwohllabel

Am Dienstag fand eine weitere Sitzung mit Julia Klöckner zum staatlichen Tierwohllabel statt. Das Gesetz als Rahmen steht, jetzt muss von der EU-Kommission geprüft werden, ob es im Einklang mit dem EU-Recht ist. Das dauert drei Monate. Danach können die Beratungen im Bundestag beginnen. Im Koalitionsvertrag haben wir aber noch weitere Projekte jenseits des Tierwohllabels vereinbart. Ich habe Frau Klöckner nochmals daran erinnert, dass sie bis Ende 2019 Lösungsvorschläge vorlegen muss, z.B. beim illegalen Handel mit Tieren, bei gewerblichen Tierbörsen oder der Exotenhaltung. Auch wenn das Tierwohllabel eine wichtige Sache ist, die anderen Projekte dürfen nicht untergehen!



## Rede zu Tierschutzrecht

Am Freitag stand eine Rede zum Antrag „Einhaltung von Tierschutzrecht“ der FDP auf dem Programm. Tierhalter, Transportunternehmen und Schlachtereien müssen öfter kontrolliert werden. Allerdings gehen verbindliche Kontrollintervalle (alle drei Jahre) an der Realität vorbei, da wir einen akuten Tierärztemangel auf dem Land haben. Es muss für Studienabsolventen interessanter werden, sich auf die Nutztierhaltung zu spezialisieren. Darüber hinaus müssen Gesetzesverstöße konsequenter und härter bestraft werden. Das Strafmaß bei Tierschutzverstößen ist zu niedrig - oftmals werden die Verfahren sogar eingestellt; bei uns eher nicht, weil wir eine Schwerpunkt Staatsanwaltschaft in Oldenburg haben. Ihr könnt euch meine Rede ab heute Abend auch nochmal online anschauen: [Klick!](#)